

## Kriegsende und Neuanfang – Lemgo nach der Niederlage

Die deutschen Soldaten kehrten im November 1918 als Angehörige einer geschlagenen Armee in ihre Heimat zurück. Die Einheiten wurden demobilisiert und die Soldaten in das Zivilleben entlassen. Dies bedeutete für viele, nun ehemalige Soldaten, einen schwierigen beruflichen und finanziellen Neuanfang. Ab Anfang 1919 häuften sich die Werbeanzeigen der sog. Freiwilligen-Korps kurz Freikorps, die mit Löhnung die entlassenen Soldaten lockten und ein vertrautes Umfeld wie im Krieg schufen. Die Freikorps spielten bei den Niederschlagungen von Arbeiter – und Spartakistenaufständen in der Weimarer Republik eine unrühmliche Rolle und stellten eine Belastung der jungen Demokratie dar. Die Frauen und Familienangehörigen, die die Nachricht und Gewissheit hatten, dass ihr Mann und Ernährer gefallen war, mussten als sog. „Kriegerwitwen“ meist mehr schlecht als recht ihr Auskommen suchen. Zur Unterstützung hatten in Lemgo die militärischen Vereine (u. a. Kriegerverein) noch im Krieg den sog. „Kriegerdank“ gegründet, der aus Spenden der Bevölkerung finanziert wurde und den heimkehrenden Soldaten oder ihren Angehörigen Anfang 1919 ausgezahlt wurde. Die Frage der Kriegsgefangenen und ihr Verbleib wurde auch in der Lemgoer Bevölkerung immer drängender und führte zu wiederholten Forderungen nach Herausgabe der Gefangenen. Die Kirchen- und Schulgemeinden sowie die Vereine organisierten 1918/19 in Lemgo und den heutigen Ortsteilen verschiedene Willkommensfeiern für die heimkehrenden Soldaten, um die fortdauernde Verbundenheit der Bevölkerung, der ehemaligen Heimatfront, mit „ihren Kriegern“ deutlich zu machen. Einheit war die Parole, insbesondere in der als demütigend empfundenen Niederlage. Die Vertreter aus Politik, Verwaltung und Vereinsleben riefen zu dieser Einigkeit wiederholt auf, die als Voraussetzung für einen „Wiederaufstieg Deutschlands“ in der Zukunft angesehen wurde. Die politischen Unruhen am Ende des Krieges wurden offensichtlich als Störung dieser Einheit empfunden und als Gefahr angesehen.

Politisch war Lippe im November 1918 erheblich in Bewegung geraten. Am 10. November hatte der in Detmold gebildete Volks- und Soldatenrat den lippischen Fürsten Leopold IV. zur Abdankung gezwungen und die politische Macht übernommen. Sozialdemokraten und bürgerliche Liberale bestimmten zunächst die weitere Entwicklung in Lippe. Die bisherigen bürgerlichen Gruppierungen, seien sie eher liberal oder konservativ ausgerichtet, mussten rasch moderne politische Parteien werden, um in den anschließenden Wahlkämpfen bestehen zu können. Das Dreiklassenwahlrecht war abgeschafft und jede Stimme zählte bei den lippischen Landtagswahlen vom 26.01.1919 und den lippischen Kommunalwahlen vom 02.02.1919 gleichviel. Frauen hatten nun auch erstmals das aktive und passive Wahlrecht erhalten. In die Lemgoer Stadtverordnetenversammlung im März 1919 zog mit Lina Ratsch erstmals auch eine Frau ein. Die Herausforderungen für die neuen, politischen Kräfte waren gewaltig. Mit den Folgen des verlorenen Krieges hatte man noch Jahre zu kämpfen. Noch in der Sitzung der Lemgoer Stadtverordnetenversammlung vom 14.03.1919, fast vier Monate nach dem Waffenstillstand, beschrieb der Stadtverordnete und örtliche Reichsbankvorstand Nahrstedt die Zukunft als „schwarz“, aber „[...] man dürfe sich trotzdem nicht von der Verzweiflung übermannen lassen, sondern müsse aus der alten Zeit den Sinn für das Gemeinwohl und die Liebe zur Heimat, zur alten Stadt Lemgo in die Neue mit hinübernehmen.“ Gleichzeitig blühten auch die ersten Freizeitvergnügungen in Lemgo nach dem Krieg wieder auf, die trotz Kritik die Sehnsucht nach unterhaltsamer Kurzweil angesichts der Alltagssorgen ausdrückten. Der Lemgoer Jobst Bruno Siek schildert in seinen veröffentlichten Kindheitserinnerungen die Gefühlslage bei Kriegsende in seiner Geburtsstadt: „Das Wehklagen über den verlorenen Krieg war groß. Alle Opfer an Gut und Blut waren vergeblich gewesen.“ Bei den Bürgerlichen und Konservativen richtete sich der Zorn zunehmend gegen die Kommunisten und Sozialdemokraten, die für die Niederlage verantwortlich gemacht wurden. Die beschworene Einigkeit war nicht mehr zu erzielen.